

Er scheint täglich
nachmittags mit Ausnahme der
Sonntags und Feiertage.

Abonnementpreis
monatlich 50 P., 1/2 Jahr 1.50 M.
Jahrespreis 16 M. Durch
den Postboten 1.65 M.

„Die Neue Welt“
(Anzeigenschein) durch
den Postboten 10 P. wöchentlich 30 P.

Die Neue Welt

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld, Raumburg-Weißenfels-Zeitz,
Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda und die Mansfelder Kreise.

Telephon-Nr. 1047.

Redaktion und Expedition: Geißeckstraße 21, erster Hof parterre rechts.

Telegraphen-Adresse: Weltblatt Halle/Saale.

Telephon-Nr. 1047.

Nr. 63

Halle a. S., Mittwoch, den 16. März 1898

9. Jahrg.

Candidaten zur Gemeinderatswahl für Siebichenstein: Friedrich Emmer und Robert Kaiser.

Chronik auf das Jahr 1848.

16. März. In Berlin werden aus Stettin, Frankfurt a. O., Halle und Potsdam telegraphisch Truppenverordnungen herbeigekommen. Die Studenten erheben sich auf der Kommandantur, ein Corps zur Aufrechterhaltung der Ruhe zu bilden. Sie tragen schwarz-rote Hosen und werden durch und hüdnisch abgegrüßt. Diese Behandlung war der Anlass, daß die jungen Leute nachher in großer Zahl auf den Barikaden fielen. Gegen Abend wurden zwischen Schlossbrücke und Opernplatz einige „Leichenbitter“ von den Wägen verdrängt. Eine Kompanie marschiert am Brühlgraben Balais dem heutigen Balais der Kaiserin Friedrich auf. Ein dreimaliger Trommelstoß ertönt und gleich darauf fällt eine Salve in die Menschenmasse. In großer Angst flüchtet die Menge die Schlossfreiheit hinunter. Deres rüchliche Vorgänge wurde in der Wägerei (scharf) beurteilt. Das Militär disponierte bis zur Nacht in den Straßen und hielt außerdem die Ruhe aufrecht. In der Charité lagen 80 Verwundete, in den Privathäusern vielleicht ebenso viel. Die genaue Zahl der Toten ist nicht festzustellen gewesen.

In München ließ die Regierung darüber, daß sich Lola Montez noch immer in der Stadt und deren Umgebung aufhalten sollte, nicht nach. Alle Häuser wurden vom Volke durchsucht, deren Befehle die Zerstörer in großer Anzahl aufnahmen können. So gar das Polizeigebäude wurde gefürcht, die Wägen gerissen und alles demoliert. Am demselben Tage traten in München die Kammer ankommen.

Die Namen der neuen sächsischen „Minister“ werden bekannt. Es waren ernannt die mehr und weniger liberalen Dr. Braun, Georg, Graf Holtenhoff und Oberländer. Ferner auch der konservativste Professor von der Friedrichen. Die neuen Männer eilten eine Proklamations, daß sämtliche Volkswirtschaft von König bewilligt seien.

In Berlin wird eine neue Adresse angenommen und nach Berlin geschickt, die mit dem Willen der Rheinländer droht. Der sächsische Kaiser empfängt die ungarische Reichsdeputierten und genehmigt deren Wünsche, nach ein eigenes demokratisches ungarisches Ministerium.

Tagesgeschichte.

Ein neuer Sammlungsantritt ist jetzt als Gegenüberstellung gegen den Sammelaufruf der konservativ-national-liberalen Koalition erschienen. Er ist unterzeichnet von Mitgliedern der Freisinnigen, sowie der Sächsischen Volkspartei und der Freisinnigen Vereinigung und hat in den Hauptzügen folgenden Wortlaut:

Die Erfüllung einer nationalen Sonderforderung sieht unabweisbar die Verwirklichung der Verwirklichung der breiten Schichten des Volkes nach sich. Hierdurch würde die Konsumfähigkeit Deutschlands geschwächt und nicht nur Industrie und Handel, sondern auch die Landwirtschaft beeinträchtigt werden. Wenn aus einzelnen Produktionszweigen durch weitere Erhöhung der Schatz alle und den Ausschluß des ausländischen Wettbewerbs die Möglichkeit gegeben wäre, sich selbstständig zu halten, so würden doch die arbeitenden Klassen und das Gewerbeleben in seiner Gesamtheit, insbesondere die Exportindustrie auf allen Märkten der Welt schwerer darunter zu leiden haben.

Deutschlands wachsende Bevölkerung braucht im Interesse aller Produktionszweige der Beschäftigung der wachsenden Bevölkerung die exportfähigen Güter mehr, soll die aufschwungvolle Entwicklung nicht ein vorübergehendes Phänomen bleiben. Nur Handelsverträge von längerer Dauer mit gegenseitiger Bindung der Tariffrage können jene Stabilität gewährleisten, die für die gesunde Entwicklung unserer nationalen Wirtschaft lebenswichtig ist. Durch das Recht der Arbeit begünstigung muß der deutsche Export dagegen gefördert werden, daß ihm durch die Abzug anderer Nationen der Wettbewerb nicht erschwert oder unmöglich gemacht wird. Deshalb halten wir es für eine der Handelspolitik der letzten Jahre, deren Fortführung uns zu thun zu haben.

Wir wollen die Förderung der gesamten nationalen Arbeit, nicht die Bevorzugung Einzeliger auf Kosten der Allgemeinheit. Der Deutschlands wirtschaftliche und politische Nachschub erhalten und erhöht wissen will, der Sorge an seinem Ziele dafür, daß aus den kommenden Wahlen ein Reichstag hervorgehe, der die Bedingungen einer unter den verschiedenen Schichten der „Nationalpolitik“ einen einheitlichen Wirtschaftspolitik zu gewährleisten und ein volles Verständnis für die Bedeutung und die Tragweite einer wachstumsfördernden Wirtschaftspolitik besitzt.

Der Aufruf soll in ganzen Lande zur Unterschrift zur Hand kommen. Wird das eine „Sammlung“ werden.

Sächsische. Nach einer Meldung des Bureau Reuters aus Berlin erhielt Deutschland die Konzeption für den Bau einer Eisenbahn von Danzig nach Tilsit, wodurch der Handel von Ostpreußen und Tilsit, sowie die reichen Mineralquellen von Schanitz erschlossen würden. Auf einer Veranstaltung der Konvention in Tilsit, wo über eine Petition wegen getrennter Konzeption an die sächsische Regierung berichtet werden sollte, protestierte der deutsche Konsul gegen diesen Vorschlag, da die ganze Provinz, wie er sagte, unter diesem Einfluß liege.

Mit dem englischen Handelsvertrag, wahrscheinlich einem Protokoll, dürfte sich nach Meinung des Danziger Rev. der Reichstag noch vor Schluß seiner Tagung zu beschließen haben. Eine entsprechende Vorlage ist es zu erwarten, als der bisherige Vertrag insoweit der von England ausgehenden Rindung schon Ende Juli d. J. abgibt.

Im Prozeß des Oberförsters Lange gegen den Fürsten Bischoff stand am Freitag Verhandlung vor dem Reichsammergericht in Altona an. Graf Wilhelm, dessen Zeugniss verlesen wurde, erinnert sich der Umstände ungenau. Das Gericht setzte das Urteil bis zum 18. März aus.

Schug vor Schulden.

Ein recht hübsches Polizeifeld ist wieder in Berlin passiert: In der Wollischen Stellung verließ ein Proturist Kraus mit bitter über die Behandlung, die seinem Sohne seitens der Polizei sei gemeldet. Der junge Mann, ein Poetentum und Kunstgenie, ist eines Nachmittags von Genickstarre befallen worden und auf einer Treppe zusammengebrochen. Die Polizei hat ihn für sinnlos betrunken gehalten und auf die Polizeiwache gebracht, wo man ihn bis zum nächsten Morgen auf dem Fußboden liegen ließ. „Das ist geschehen“, erzählt der Vater, „obgleich mein Sohn einen Namen als seine Wohnung angegeben und auch den Wunsch ausgesprochen hat, nach Hause gebracht zu werden. Aber abgesehen davon war mein Sohn anscheinend gefesselt, hatte neben 10-12 Mark barren Geld aus einer Monatsrate 2. Klasse für die Stadtbahn zwischen Station Jannowitzbrücke und Wellesse und eine Dauerkarte für den Besuch des Schulleiters Ruffmanns. Unter der Hand bet ich sich, auf der Wohnung deutlich angesehen ist.“ Erst am nächsten Morgen, nachdem der Sohn 13 Stunden auf der Polizeiwache gelegen hatte, wurde der Vater benachrichtigt. Dieser fand den Kranken im Wägen auf dem Fußboden, seinen Kopf und Oberkörper hatte man ihn ansgewogen, zugebunden war er nicht, kalt und hart lag er da, er konnte weder sehen noch gehen, sprach in Wägen und konnte auch den Kopf nicht halten. Das linke Bein hing an der Krippe wie das Bein an einem verankerten Sackpfeife (scharf) herunter, ohne Leben, und auch der linke Arm war gelähmt.

Der Arzt des Herrn Kraus konstatierte Genickstarre. Mit Recht sagt der Vater, aus welchem Grunde die Polizei den unglücklichen jungen Mann 13 Stunden lang zurückgehalten habe, wer auf der Wache verlesen werden. Der Kranke für sinnlos betrunken zu halten, warum man den Wunsch des Kranken, nach Hause gebracht zu werden, nicht erfüllt habe, da er doch genug Geld für die Fahrt in der Tafel gehabt habe und seine genaue Adresse bei sich hatte. Die Behandlung des Kranken ist um so unverantwortlicher, da bei einer so gefährlichen Krankheit wie Genickstarre eine um 13 Stunden zu spät angeordnete Hilfe sicher einen wesentlichen Einfluß auf den Ausgang der Krankheit ausübt.

Herr v. Stumm und die Spitze. Der am vorigen Freitag vor dem Schöffengericht Saardücken verhandelte Verleumdungsprozeß wider kontra Schuchow, bei dem Schuchow wegen Verleumdung Stumms zu 200 M. Geldstrafe verurteilt wurde, hat einige recht interessante Enthüllungen über das Verhältnis Stumms zu v. Lühow, dem bekannten Polizeigenossen, gebracht. v. Lühow wurde als Zeuge kommissarisch vernommen und sagte dabei aus, daß er im Jahre 1896 von hier aus den Aufruf erhalten habe, Material über Stüder gegen finanzielle Entschädigung zusammenzubringen. Er erlangte sich bei einem Redakteur der Berliner Post (Schaper) danach, wer ihm seine Arbeit bezahle, und erhielt zur Antwort: der Verlag der Neuen Saardrücker Zeitung. Auf Lühows Erwiderung, das sei ihm nicht gering genug, da ihm genannte Zeitung völlig unbekannt wäre, wurde ihm bedeutet, er könne ganz ruhig sein, hinter dem Verlage steht ja Freiherr v. Stumm. Lühow sagte bei: so oder ähnlich habe sich der betreffende Redakteur ausgesprochen. Später wünschte Lühow, daß ihm Redakteur Schuchow sein gesamtes Material nochmals zur Verfügung stelle; er bedeutete ihm aber, daß er darüber kein Verfügungsrecht habe. Nach seiner Aussage erhielt v. Stumm das Honorar für sein Material teils per Postanweisung durch den Redakteur der Berliner Post, teils auf Anweisung desselben durch die Kasse der Post. Wird jetzt Stumm seine Beziehungen zu Lühow auch noch ableugnen, wie er das bereits in Reichsangelegenheiten getan hat?

Zu dem Majestätsbeleidigungsprozeß gegen den Redakteur der Brandenburgischen „Hut“ — das Delikt soll in dem Bericht der Fraktion über das Schicksal des Antrages wegen Beilegung des Majestätsbeleidigungsparagrafen enthalten sein — war fünf längere Zeit nach seiner ersten Vernehmung die Anklage gestellt worden mit Angabe einer Frist, innerhalb deren Dutz sich noch dazu äußern konnte. Dutz ließ die Frist absichtlich unbenutzt verstreifen. Die Strafammer (sog. „Anklagammer“) in Potsdam hatte aber dennoch die Eröffnung des Hauptverfahrens abgelehnt. Auf Beschwerde der Staatsanwaltschaft hat indes das Kammergericht diesen Beschluß der Potsdamer Kammer aufgehoben und das Hauptverfahren angeordnet. Der Termin der Verhandlung ist nunmehr auf den 29. c. angesetzt.

Wegen Kaiserbeleidigung wurde der Schuhmacher Lehmbrunn von der Strafammer II. zu Berlin zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt. Der Angeklagte hatte ein Bild des Kaisers, welches seine Tochter bei der Heimkehr von der Schule mitgebracht hatte, unter gewissen Bemerkungen vernichtet. Ein Junge dieses Vorfalls erzählt,

als er mit dem Angeklagten in Zwistigkeiten geraten war, die Sache in einem Schenktale und einer der Gäste, der Hofkammer Woppe, demnächst den Schuhmacher bei der Staatsanwaltschaft.

Zusland.

Oesterreich-Ungarn. Die Gedächtnisfeier für die Märzgefallenen wurde am Sonntag im ganzen Lande unter ungeheurer Teilnahme der ganzen Bevölkerung begangen. Nicht weniger als 60 000 Menschen, eine Menge wie sie Wien noch nie gesehen hat, waren an den Gräbern der Märtyrer selbst anwesend. Der Zug, den die sozialdemokratische Arbeiterpartei bildete, umfaßte allein 40 000 Teilnehmer. Es sprachen Höger und Kronawetter. In Budapest nahm 20 000 Personen an dem Umzuge teil. Sehr stark war auch die Teilnahme der Arbeiter in Prag und Graz. Überall gab man seiner lebhaftesten Verehrung für die Märzgefallenen durch Kranzbinden u. s. w. Ausdruck.

Amerika. Der Untergang des Maine hält immer noch die Gemüter in Erregung. Ein Blatt meldete neuerdings, daß es nunmehr feststehe, daß das Kriegsschiff unversehrt durch eine äußere Explosion zerstört worden sei, da die Panzerplatten nach innen gebogen seien und im Meergrund unter dem Kriegsschiff eine große Vertiefung entstanden sei. In einer Konferenz, woran der Präsident und die Staatssekretäre des Krieges und der Marine teilnahmen, erfolgte die nachdrückliche Erklärung, daß die Regierung bis jetzt ohne Kenntnis der Ursache des „Maine“-Unglücks sei und keinen Bericht irgend welcher Art von dem Untersuchungsamt oder irgend jemand der damit in Zusammenhang stehenden erhielt.

Parteinachrichten.

— Einen Sieg haben die Genossen in Eisenberg L. S. M. bei der Stadtordeordnetenwahl errungen. Genosse Regisdarm wurde mit 92 Stimmen zum Stadtordeordneten gewählt, zwei weitere Genossen erhielten 10 viel Stimmen, das sie mindestens als Ergänzung in Betracht kommen.

Stadtordeordneten-Witzung

Am Montag, den 14. März, nachmittags 4 Uhr. Vorsitzender: Kommerzienrat Bethe; mehrere Entscheidungsgenossen befaßt und teilt mit, daß die Wahl eines Stadtrats in Aussicht steht, da bekanntlich Stadtrat Weller in Brandenburg zum Bürgermeister gewählt worden ist. Dann wird das Protokoll der Sitzung vom 7. März verlesen und in die Tagesordnung eingetragen.

Punkt 1: Mittelbewilligung zur Anbringung von Alarmapparaten wird auf Antrag des Stadtordeordneten Brinmann verlesen.

Punkt 2: Annahme eines Kapitals zur Unterhaltung eines Schulhauses wird beschlossen. Das Kapitalvermögen hat zu beschließen, von dem Schulamtsrat. Witz hierüber zur Zeit im Dispositionsbuch, ein Kapital von 400 M. in 3% prozent, mündelnder Privatpapieren gegen die Verpflichtung anzunehmen, das auf dem Stadtparadesale belegene Gebäude Nr. 2660 bis zum 1. Januar 1900 zu pflügen und ordnungsgemäß zu unterhalten. So lange der Pflicht am besten ist und für eine gute Grundlage darauf sein muß, soll ihm der Zinsgenuss des Kapitals überlassen werden; letzteres fällt nach Ablauf der Pflegszeit dem Vermögen der Gottesackerverwaltung zu.

Punkt 3: Fortsetzung eines Kanals in der zwischen der Oberulmenstraße und der Spitze neu angelegten Straße wird angenommen. Die Kosten sollen 650 M. betragen.

Punkt 10: Fortsetzung des Kammerer-Stats für 1898-99 wird, weil zu den anderen Beratungsgegenständen die Referenten fehlen, nun zuerst vorgenommen. Kapitel I. Ueberführung, Kap. 3. Verleihung und Kap. 4. Gemeindefinanzen, werden ohne wesentlichen Diskussion genehmigt. Gegen einplanen sich aber Kap. 2. Grundbesitzgenuss, eine längere Debatte. Witz hierüber zur Zeit gegen die Bildung eines Erneuerungsfonds von 5000 M. für die Verbesserung der drei Sandtüter: Rittergut Weien-Immerhof, Sandgut Gimsch und Stadgut Halle und meint, man müsse die gegenwärtige Generation, die doch solchen Fonds durch Steuern Anlagen zu machen, nicht zu sehr belasten; er bitte dieses „Kommittee“ abzugeben. Die Verwaltungslinien aber der Einrichtung der 5000 M. im Etat bei. Damit wurde das Kapitel 2 verlesen.

Kapitel 6: Kapital- und Schuldverwaltung, sowie

Kapitel 6: Allgemeine Verwaltung, wurden nach unwesentlichen Diskussion genehmigt.

Kapitel 7: Holzgewinnung, ruft wieder eine Debatte hervor. Der Stadtr. Witz wendet sich gegen den im Etat eingefügten Fonds von 20 000 M. der demütlich der Stadt aus „Polizei-, Feld- und Forstpolizei-“ Strafgeldern zuführen soll und meint, die Holzgewinnung würde dadurch gerade aufgemuntert, Anlagen zu machen. Es sei der Betrag nach dem letzten dreijährigen Durchschnitt festgesetzt; er beantrage, den Betrag niedriger, nach dem letzten Jahre festzusetzen. Stadtr. Seifer behauptet sich über das Vorgehen der Polizeibeamten bei Strafgeldpolizeiverordnungen und die Ueberlieferung von Baupolizeiverordnungen. Witz den Hauptvorwurf an den vor seiner Vernehmung liegenden Strafgeldern und an die Fortschaffung ausser Acht zu lassen, oder den Baupolizeibeamten auf die Unterlassung der Beleuchtung der Baugänge u. s. w. hinzuweisen, modifiziert die Polizeibeamten ein solches Anliegen, worüber die Bürger in Zustimmung geraten. Stadtr. Faust sagt, wenn bei den Anlagen von Strafgeld-

Herrn Bausen das die Besten der Besten...
Der Herr Bausen...
Der Herr Bausen...
Der Herr Bausen...

Die Arbeiter werden deshalb niemals den Herrn Bausen...
Der Herr Bausen...
Der Herr Bausen...
Der Herr Bausen...

Der Herr Bausen...
Der Herr Bausen...
Der Herr Bausen...
Der Herr Bausen...

Der Herr Bausen...
Der Herr Bausen...
Der Herr Bausen...
Der Herr Bausen...

Der Herr Bausen...
Der Herr Bausen...
Der Herr Bausen...
Der Herr Bausen...

Der Herr Bausen...
Der Herr Bausen...
Der Herr Bausen...
Der Herr Bausen...

Der Herr Bausen...
Der Herr Bausen...
Der Herr Bausen...
Der Herr Bausen...

Der Herr Bausen...
Der Herr Bausen...
Der Herr Bausen...
Der Herr Bausen...

Der Herr Bausen...
Der Herr Bausen...
Der Herr Bausen...
Der Herr Bausen...

Der Herr Bausen...
Der Herr Bausen...
Der Herr Bausen...
Der Herr Bausen...

Der Herr Bausen...
Der Herr Bausen...
Der Herr Bausen...
Der Herr Bausen...

Der Herr Bausen...
Der Herr Bausen...
Der Herr Bausen...
Der Herr Bausen...

Der Herr Bausen...
Der Herr Bausen...
Der Herr Bausen...
Der Herr Bausen...

Der Herr Bausen...
Der Herr Bausen...
Der Herr Bausen...
Der Herr Bausen...

Der Herr Bausen...
Der Herr Bausen...
Der Herr Bausen...
Der Herr Bausen...

Der Herr Bausen...
Der Herr Bausen...
Der Herr Bausen...
Der Herr Bausen...

Der Herr Bausen...
Der Herr Bausen...
Der Herr Bausen...
Der Herr Bausen...

Der Herr Bausen...
Der Herr Bausen...
Der Herr Bausen...
Der Herr Bausen...

Der Herr Bausen...
Der Herr Bausen...
Der Herr Bausen...
Der Herr Bausen...

Der Herr Bausen...
Der Herr Bausen...
Der Herr Bausen...
Der Herr Bausen...

Der Herr Bausen...
Der Herr Bausen...
Der Herr Bausen...
Der Herr Bausen...

Der Herr Bausen...
Der Herr Bausen...
Der Herr Bausen...
Der Herr Bausen...

Der Herr Bausen...
Der Herr Bausen...
Der Herr Bausen...
Der Herr Bausen...

Der Herr Bausen...
Der Herr Bausen...
Der Herr Bausen...
Der Herr Bausen...

Der Herr Bausen...
Der Herr Bausen...
Der Herr Bausen...
Der Herr Bausen...

Der Herr Bausen...
Der Herr Bausen...
Der Herr Bausen...
Der Herr Bausen...

Der Herr Bausen...
Der Herr Bausen...
Der Herr Bausen...
Der Herr Bausen...

Der Herr Bausen...
Der Herr Bausen...
Der Herr Bausen...
Der Herr Bausen...

Der Herr Bausen...
Der Herr Bausen...
Der Herr Bausen...
Der Herr Bausen...

Der Herr Bausen...
Der Herr Bausen...
Der Herr Bausen...
Der Herr Bausen...

Der Herr Bausen...
Der Herr Bausen...
Der Herr Bausen...
Der Herr Bausen...

Der Herr Bausen...
Der Herr Bausen...
Der Herr Bausen...
Der Herr Bausen...

Der Herr Bausen...
Der Herr Bausen...
Der Herr Bausen...
Der Herr Bausen...

Der Herr Bausen...
Der Herr Bausen...
Der Herr Bausen...
Der Herr Bausen...

Der Herr Bausen...
Der Herr Bausen...
Der Herr Bausen...
Der Herr Bausen...

Der Herr Bausen...
Der Herr Bausen...
Der Herr Bausen...
Der Herr Bausen...

Bur Gemeinderatswahl in Siebischstein.

Rats und bündig bitten durch ein Inserat in der Saale-Zeitung die vereinigten Kommunalpolitiker: der Haus- und Grundbesitzer-Verein, sowie der Kommune Bürgervereine die Wähler der 3. Klasse, ihre Stimmen für die Herren Rentier Beyer und Wädelmeister Cronig abzugeben. Was diese beiden Herren sind, werden wir Ihnen in der Gemeindevereinigung kundgeben werden, das heißt: der Ansehen ein tüchtiges Scheinbild. Die Leute sind von einigen Hausbesitzern und den Angehörigen vorgeschlagen worden und nun Wähler, habt ihr weiter nichts zu thun, als diese beiden „Samen-Kandidaten“ zu wählen. Wogu denn auch den Wählern erst sagen, was der Rentier und der Wädelmeister wollen? Die beiden kommunalen Vereine wären auch in Verlegenheit geraten, wenn sie das Programm ihrer Kandidaten veröffentlicht hätten wollen, denn: Wo nichts ist, hat auch der Gemeindevereiniger Kommunalpolitiker d. 3. Wahl verloren. Die Herren Beyer und Cronig haben kein Programm, können infolgedessen auch keine Verantwortlichkeiten. Sie sagen ihren Wählern frisch-fröhlich: Wählt uns nur, das andere geht euch nichts an.

Das ist ja der bekannte Wahn bei den bürgerlichen Parteien, ganz gleich, ob dies Reichs- oder Landtags- oder kommunale Wahl ist: Der Kandidat wird vorgeschlagen und keiner darf sich wagen, demselben auf Herz und Nieren zu prüfen, ob er etwa für die Vertretung seiner Interessen sich eignet. Und der gute deutsche Wähler wählt denn auch, und selbst wenn der Kandidat seinen so süßen Ansichten nicht entspricht. Besonders, wenn die öffentliche Wahl in Frage kommt, wie bei den Gemeindevereinigungen, und es ist auch ein sozialdemokratischer Kandidat aufgestellt, wählt er lieber fortwähren, nur, um nicht in den Verdacht zu kommen, auch zu einer von der „roten Rolle“ zu sein.

Anders die Arbeiterklasse! Sie will wissen, wer ihr Kandidat ist. Was derselbe bisher für die Interessen der Arbeiter geleistet hat, und welche Ideen er in Gemeindevereinigungen vertreten will. Und das mit Recht. Die Wähler müssen unbedingt verlangen können, daß der Kandidat ein Mann ist, von dem sie die Gewähr haben, daß er auch für die Wünsche und Forderungen seiner Wähler eintritt.

Im Ratskeller-Neubau grosse Spezial-Abteilung für Strick-, Näh- und Häkel-Garne, Kurzwaren und J. Lewin

Nur bestbewährte, gediegene Qualitäten zu aussergewöhnlich billigen Preisen.

C. Hammer mit Absteller M. 2.50. 2 Jahre Garantie.

Wecker mit Schlagwerk von 10.00 M. an. 2 Jahre Garantie.

Regulatoren für Damenschneiderel.

J. Lewin Halle a. S. Marktplatz 2 u. 3.

Reparaturen: Neue Feder einziehen. 1 M. Neues Uhrglas. 10 Pf. Neuer Uhrzeiger. 10 Pf. Neuer Uhriring. 10 Pf. Neuer Uhrschlüssel. 5 Pf. Für jede Reparatur 1 Jahr Garantie.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt



